

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direkter Postbestellung monatlich 1,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 1.- M., ins Ausland 4.- M., per Brief 13.- M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2894.

Private haben die Adressen: Hauptredaktion od. deren Namen eintr. Anzeigenauftrag 1.- M., bei festgesetzter Wert 1,15 M., über weitere Wert 25 Ct. Familien- und Organisationsanzeigen die abgesetzte Preisschranke 2,40 M., bei festgesetzter Wert 1.- M., über weitere Wert 45 Pf. Inserate für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Auslieferungstrife.

Trotz alledem!

Nach vierwöchiger Pause kann die „Freiheit“ wieder erscheinen. Es ist allgemein bekannt, wer ihr das lange Schweigen auferlegt hat: die Regierung, die mit Hilfe des Ausnahmezustandes den Unabhängigen die Presse wie die Versammlungsfreiheit raubte. Auch den Anlaß wissen wir. Es war die Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz, die mit dem von der Sicherheitswehr angerichteten Blutbad endete, und nur die wirklichen Gründe liegen weniger klar am Tage.

Die amtlichen Stellen haben sich bemüht, aus der Demonstration einen Bußschuß zu machen. Sie haben die Behauptung aufgestellt, daß nicht eine Kundgebung, sondern ein Sturm auf die Nationalversammlung, eine Bartholomäusnacht für die Abgeordneten und dann die Ausrufung der Räterepublik geplant gewesen sei. Die unabhängigen Zeitungen aber hätten zu diesem Umsturz geholt und müßten deshalb um der Sicherheit und der Ordnung des Staates wegen unterdrückt werden.

Vielleicht haben sie wenigstens in den ersten Tagen ihre auf Spitzelberichte gestützten Darstellungen selbst geglaubt. Doch es gelang ihnen nicht, irgendwelche auch nur einigermaßen stichhaltige Belege beizubringen, und so mußte die unsere Presse durchschobert: sie fanden kein Wort, das jene uns untergeschobenen Absichten bekräftigt hätte, keinen Satz, aus dem hervorgegangen wäre, daß eine Gewalttat in den Absichten der Demonstranten lag, keinen Artikel, der als Aufforderung oder Aufreizung zur Anwendung von Gewalt ausgelegt werden konnte.

Besonders eifrig hat sich der sozialdemokratische Minister Heine gezeigt, die „intellektuellen Urheber“ des von der Regierung nicht entdeckten, sondern erfundenen Bußschusses Licht zu geben. Er handelte nach dem System des Kardinals Richelieu, jenes französischen Staatsmannes des 17. Jahrhunderts, der einmal cynisch ausrief: „Gebt mir einige Feilen von der Handkrist eines Renegaten, und es wird mir genügen, ihn hängen zu lassen.“ Herr Heine hat mit einem Bleib, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, nach solchen Feilen geforscht, er hat nach den Methoden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Ritze aus dem Zusammenhang gerissen und ihren Sinn gefälscht. Es gelang ihm, aus Worten Stride zu drehen, aber es glückte ihm nicht, zu beweisen, was er beweisen wollte, daß nämlich das Blut der vor dem Reichstag Erschlagenen über das Haupt der Unabhängigen Sozialdemokratie komme.

In dessen vor zuletzt der Zusammenhang, der nicht bestand, ja nur ein Vorwand für die Regierung. Sie wollte der unbehaglichen Opposition des revolutionären Proletariats einen empfindlichen Schlag verfehlen und sie mundtot machen, um ungehindert von ihr ihre verhängnisvolle Politik treiben zu können. Sie verhängte den Ausnahmezustand und zerbrach die Presse, indem sie sich dem tausendfach widerlebten Irrglauben hingab, daß eine Arbeiterbewegung durch Unterdrückungsmahregeln zum Stillstand zu bringen sei. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts hatten in jeder Beziehung die Lehren des Bismarckschen Sozialistengesetzes vergessen. Sie bedienten sich nicht nur des Instrumentes, das sie einstmalig verflucht hatten, sondern sie wiegten sich auch in dem Wahne, den sie bei Bismarck und seinen Nachbarn mit Recht verhöhnt hatten. Sie bildeten sich ein, die Revolution zu ersticken, wenn sie ihre Organe zum Schweigen brächten.

Wenn man in der Geschichte nach einem Beispiel für das Vorgehen der Nachbarn des republikanischen Deutschlands gegen die ihnen sätigen Vertreter der öffentlichen Meinung sucht, so muß man auf die Brechordnungen zurückgreifen, mit denen im Jahre 1830 der letzte französische König aus dem Hause der Bourbonen durch Anhebung der Freiheit des Wortes seine wankende Macht zu sichern suchte. In dem Bericht, mit dem einer seiner Diener Karl X. in seinem Vorhaben bekräftigte, finden sich Sätze, die von den heutigen Ministern gesprochen sein könnten: „Die Presse hat nicht zugelassen, daß sich in Frankreich ein regelmäßiges und dauerhaftes Regierungssystem festsetze oder daß die nötigen Verbesserungen in den einzelnen Verwaltungszweigen eingeführt würden. Die Presse hat so die Verdächtigsten der Nation, die festesten Ueberzeugungen der Arbeiter und in der Gesellschaft eine Vermirrung der Grundsätze hervorgerufen, welche die kühnsten Unternehmungen begünstigt.“

Durch die Anarchie in den Theorien sucht sie zur Anarchie im Staate zu gelangen. Was sie täglich im Innern des Reiches tut, geht auf nichts geringeres aus als die Elemente des öffentlichen Friedens zu zerstören, die Bande der Gesellschaft zu lockern, und man täusche sich darin nicht, den Boden unter unsern Füßen aufzuweichen. Ihre Bestimmung ist mit einem Wort, die Revolution, deren Prinzipien sie laut proklamiert, wieder zu beginnen. Zu verschiedenen Malen ist sie dem Joch der Zensur unterworfen worden, und dennoch war sie kaum wieder zur Freiheit gelangt, als sie auch jedesmal ihr unterdrücktes Werk wieder aufnahm.“

Wörtlich könnte das Herr Heine gesagt haben. Nehmendes hat er in der Preussischen Landesversammlung ausgesprochen. Sogar sein Bild von dem vergifteten Speer, den man zerbrechen müsse, ist nicht seine eigene Erfindung. Auch dafür findet sich das Muster in der Denkschrift jenes Kaisers des absolutistischen Königtums.

Die Brechordnungen von 1830 weckten die Revolution, statt sie abzuwenden. Ueber Nacht bauten sich in den Straßen von Paris die Barricaden auf und das Bourbonische Herrscherhaus mußte der emporkommenden Klasse des Bürgertums weichen, die als ihren Repräsentanten Louis Philippe auf den Thron setzte. Kechnliche unmittelbare Wirkung hat das gewalttätige Vorgehen der Regierung bei uns nicht ausgelöst. Dem stand schon die kühnere und feige Falschung der bürgerlichen wie der Scheinsozialistischen Strife entgegen, die sich dem Gedanken der Diktatur des Proletariats widersetzen, um des Segens der Diktatur des ihre Geschäfte besorgenden Koske teilhaftig zu bleiben. Nur hier und da wagte sich leise Kritik jenseits hervor. Die Regel war, daß man laut billigte oder schweigend zustimmte.

Aber die Stille der Massen ist kein Zeichen ihrer Schwäche. Sie beweist ihre Unerschlossenheit, auf den Tag zu warten, der der Abrechnung günstig ist. Die Arbeiter haben den Schlag, der gegen sie gerichtet wurde, schmerzhaft empfunden, aber der Schlag hat sie nicht gelblich. Die

Flamme ihres Hornes hat neue Nahrung erhalten, und wir werden dieses Feuer hüten.

Die „Freiheit“ lehrt zurück als die, die sie gewesen ist. Der Geist, der sie vor dem Verbot besetzte, besetzt sie auch heute. Sie hat nichts zurückzunehmen und nichts abzugeben. Sie läßt sich keine anderen Schranken auferlegen als die, die ihr durch die Pflichten gegen das Proletariat gezogen sind. Dessen Vorkämpferin will sie sein und bleiben. Sie ist die Sprecherin des revolutionären Sozialismus. Sie lehrt ihre Waffen gegen den Kapitalismus und seine Träger, mögen diese sich offen als Feinde der Arbeiterklasse bekennen oder unter der falschen Flagge der Sozialdemokratie die bestehende Ordnung stützen. Sie setzt sich ein für die Republik gegen die vorrückenden zu jedem Verbrechen entschlossenen Anhänger der Reaktion, aber sie ist sich bewußt, daß uns nicht die Republik als solche, sondern nur die sozialistische Republik die Rettung bringen kann, daß der Weg zum Sozialismus nicht über die Demokratie der Paragrafen führt, sondern daß die wahre Demokratie, die wirkliche Gleichheit und Freiheit nur aus dem Sozialismus geboren wird.

Proletariat, wir kämpfen für euch den Kampf des Wortes. An euch ist es, das Wort zur Wirklichkeit werden zu lassen. Erwartet ihr nicht, so kann uns nichts zwingen. Ihr werdet die Sieger sein: trotz alledem!

Freigabe und erneute Drohung.

B. L. B. meldete am Freitag abend: Der Oberbefehlshaber hat angeordnet, daß die Zeitungen „Freiheit“ und „Rote Fahne“ in Berlin von Montag abend an wieder erscheinen können. Jedem Versuche, auf eine Störung der Ruhe und Ordnung hinzuwirken, wird der Oberbefehlshaber mit Rücksicht auf die fürstbar ernste Lage, in der sich das Reich befindet, mit größtem Nachdruck auch in Zukunft entgegenzutreten. Die Meldung eines Berliner Abendblattes, daß irgendwelche Bedingungen auferlegt seien, ist unrichtig.

Unverstand und Wahnsinn.

Nicht mit ganz geringer Weisheit, wie das alte Wort besagte, sondern mit Wahnsinn und Unverstand wird die Welt regiert, seitdem am 4. August die Kriegsurie losgelassen ward.

Unverstand und Ungerechtigkeit beherrscht die Ententeregierungen, daß sie auf ihrem Schloßschein bestanden und ihr Auslieferungsgeschehen in solchem Umfang und in solch unerfüllbarer Art stellen.

Unverstand und Wahnsinn beherrscht die deutsche Regierung, die auf die Erfüllung einer Verpflichtung, die sie selbst, wenn auch unter hartem Zwang, eingegangen ist, in einer Weise reagiert, die eine ernste Situation zu einer kritischen und gefährlichen steigert.

Die Entente verlangt die Auslieferung einer großen Anzahl von Personen — die Führer und den ehemaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg an der Spitze —, die sie beschuldigt, eine Reihe von Kriegsverbrechen begangen zu haben. Sie will sie vor ihre Gerichte stellen.

Wir, die wir während des Krieges, wie gegen den Krieg überhaupt, so gegen die zahlreichen, gegen jedes menschliche Recht verstößenden Verbrechen protestiert haben, haben, seit wir wieder frei sprechen können, immer wieder gefordert, daß die Verbrecher unnaheförmlich und ohne Unterschied des Ranges zur Verantwortung gezogen und bestraft werden.

Die Regierung hat das unterlassen. Sie hat es nicht getan in der ersten Zeit der Revolution und auch später nicht, als sie bereits wußte, daß nicht nur die Völker der Entente, sondern auch die des neutralen Auslandes eine Sühnung der zweifellos begangenen Verbrechen — der Deportationen, der Erschießungen Unschuldiger, der unnötigen Zerstörungen und Verwüstungen — erwarteten.

Sie hat es nicht getan aus Feigheit gegen die natio-

nalistischen und militaristischen Strömungen. Sie hat durch ihre ganze konterrevolutionäre Politik den Nationalisten und Militaristen wieder zur Macht verholfen und ihnen so überragenden Einfluß auf die Führung der Reichswehr gegeben, daß sie heute außerstande ist, die bewaffnete Macht zu Sweden zu gebrauchen, die die Nationalisten und Militaristen nicht billigen.

Die Regierung trägt durch ihre Unterlassung so in allererster Linie die Schuld dafür, daß die Auslieferungsforderung so kritisch geworden ist. Denn wenn sie, und durch sie das deutsche Volk ihre moralische Pflicht erfüllt, selbst die Schuld festgestellt und die Schuldigen bestraft hätten, hätten die Ententeregierungen kaum das Verlangen gestellt, hätten ihre Völker sie darin nicht unterstützt.

Aber dieses unheilvolle Verkommen rechtfertigt das Verlangen der Entente, die Schuldigen vor ihre Gerichte zu ziehen, deshalb noch in keiner Weise. Worauf jeder, und mag er noch so schuldig sein, ein unverweibbares Recht hat, ist der Anspruch auf ein unparteiisches Gericht. Die Entente verlangt aber die Auslieferung von Deutschen an ihre Gerichte. Und ebensowenig wie wir zu deutschen Militärgerichten irgendwelches Vertrauen haben, wenn politische Gegner vor ihnen stehen, ebensowenig haben wir Vertrauen zu Nichtern, die in einer Atmosphäre Recht finden sollen, die durch den Krieg chauvinistisch und militaristisch vergiftet ist. Die Entente verletzt alle Gebote der Gerechtigkeit, wenn sie nicht den Angeklagten ein Gericht gewährt, das mit allen Garantien der Unparteilichkeit ausgestattet ist.

Das Verlangen der Entente ist aber nicht nur ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit, die gerade die fordern

müssen, die den dringenden Wunsch haben, daß durch ein unparteiisches Gericht die Schuld festgestellt und Sühne geschaffen werde. Es ist auch eine politische Torheit. Die deutsche Regierung ist, wie nun die Nachverhältnisse zeigen, gar nicht in der Lage, die Forderung zu erfüllen. Und ebensowenig kann die Forderung, selbst unter den härtesten Druckmitteln, von einer anderen deutschen Regierung durchgeführt werden. Aber alle diese Druckmittel vermögen nur das deutsche wirtschaftliche und politische Elend und dieses Elend ist ansehnlich auch für die Länder der Entente.

Auch die Entente wird begreifen müssen, daß der Grundgedanke von der wirtschaftlichen Solidarität aller Völker, so sehr er verfallt und verdunkelt ist, durch das kapitalistische Konkurrenzinteresse, schließlich doch richtig ist und sie wird sich hüten müssen — im eigenen Interesse — gegen diesen Gedanken noch allzu sehr und allzu lange zu sündigen. Die Steigerung des deutschen wirtschaftlichen Elends bedeutet Vermehrung ihres eigenen und eine Stärkung des deutschen Nationalismus, für den das Auslieferungverlangen eine herrliche Agitationsmöglichkeit bietet, kann schließlich unmöglich das Ziel ihrer Politik sein.

Deshalb müßte trotz alledem die Möglichkeit einer Verständigung gesucht werden, die die Schuldigen vor ein Gericht führt, aber zugleich die Unparteilichkeit dieses Gerichts verbürgt und so alle moralischen Kräfte in den Völkern für ein solches Verfahren ausbilden könnte.

Solange die Hoffnung auf eine solche Verständigungsmöglichkeit vorhanden ist, ist es geradezu verbrochenerisch, eine solche Möglichkeit zu erschweren. Gerade das aber ist, nicht zuletzt durch das Verhalten der deutschen Regierung, in den letzten Tagen geschehen. Es war schlimm genug, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation seine Pflicht, die er genau gekannt und übernommen hatte, nicht erfüllt hat. Herr v. Ledner schickte die Liste der Auszuliefernden und das Begleitschreiben an Herrn Millerand zurück, um „bei der Auslieferung nicht mitzuwirken“. Das war eine unannehme und unehrenvolle Bräufung und es war das mindeste, daß die deutsche Regierung dafür die Verantwortung ablehnte. Es muß aber gefordert werden, daß dem beifallsüßern Herrn seine unverantwortliche Handlung nicht so hingelassen, sondern daß er vor ein Disziplinargericht gestellt und bestraft werde.

Die Regierung hat aber hernach das Törichte und Schändliche getan, was sie tun konnte. Sie hat, ohne die authentische Liste und die Noten der Entente abzuwarten, eine ungenaue Liste veröffentlicht, und so die Gelegenheit zur Entstellung einer nationalitätlichen Beize gegeben, die womöglich noch das Treiben während der Friedenskrise übersteigt. Die deutschnationalen und militaristischen Kreise gebärden sich wie toll. Die „Kreuzzeitung“ prüft bereits die militärische Lage und kommt zum Schlusse, daß Frankreich nicht mehr fähig sei, Krieg zu führen. Deutschland die besten Aussichten habe zu neuem Krieg und Sieg. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert ein gesetzliches Recht, jeden niederzulegen zu dürfen, der etwas gegen die Auszuliefernden unternimmt, und die „Post“ läßt deutlich erkennen, daß sie ein solches Gesetz gleich auf alle Unabhängigen anzuwenden wünscht, da diese die nationale Würde nicht wahren. Das Stichwort zu diesen Lollheiten kleben sie einer allerdings ungläublichen Keuherung Rosses entnommen zu haben, daß heute in Deutschland die Revolverkugeln loden sitzen und keiner keines Lebens sicher wäre, der an die Auszuliefernden Hand anlegen würde. Aber auch die übrigen Parteien erklären unter dem Aufwand größter Enttäuschung, daß die Ankündigung niemals erfolgen dürfe. Die Regierung läßt verklären, daß sie einstimmig in der Ablehnung der Ententesforderung sei. Die Bundesparlamente veranstalten Entrüstungskundgebungen, kurz, man hat glückselig innerhalb weniger Tage es beinahe dahin gebracht, aus der Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen eine Preßfrage und eine Kreßfrage zu machen! Man treibt eben auch heute noch in Deutschland dieselbe ungeliebte dekorative Politik, wie unter Wilhelm II. und schließt mit der eisernen Faust auf den Tisch, obwohl die Faust zerbrochen ist, die einst hinter dieser Politik stand. Unverständnis und Wahnsinn!

Die Regierung hat aber nicht nur die Liste vorzeitig veröffentlicht, sie hat nicht einmal — ein im diplomatischen Verkehr ganz unerhörter Vorgang — die Noten der Entente abgewartet, bevor sie die nationalitätlichen Register spielen ließ. Diese Noten sind heute früh endlich veröffentlicht worden. Es geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Entente, so sehr sie das Recht betont, das aus der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihr zusteht, trotzdem den Weg zu Verhandlungen offen gelassen hat. Sie sagt ausdrücklich, daß sie die Antwort auf das Anerbieten der deutschen Regierung, die Reichsrichter vor das deutsche Reichsgericht zu stellen und Vertreter der Entente zur Kontrolle des Verfahrens heranzuziehen, erst noch in einer besonderen Note beantworten werde. Nicht also der Weg zu Verhandlungen noch offen, so ist ebenso gewiß, daß durch das unverantwortliche Treiben der Nationalisten, zu dem die Regierung durch ihr ungeschicktes und vorzügliches Verhalten die Möglichkeit gegeben hat, diese Verhandlungen von vornherein erschwert worden sind. Statt streng bei der Darlegung der höchsten Gesichtspunkte zu bleiben, statt ernst und würdig die notwendigen Gegenvorstellungen zu machen, hat man wiederum ein überlautes, provozierendes Getöse heraufbeschworen, das auf der Gegenseite allen nationalitätlichen Schornsteinen nur allzu gelegen kommt.

Das nationalitätliche Treiben ist um so unverantwortlicher, als es sich um eine schwere Schicksalsfrage Deutschlands handelt. Ein neuer Konflikt mit der

Entente kann — das braucht nicht erst gesagt zu werden — schwere unheilvolle Folgen nach sich ziehen. Es ist Verblendung, die wirklichen Nachverhältnisse nicht sehen zu wollen, und es ist gewissenlos, das Schicksal einzelner über das Schicksal Deutschlands stellen zu wollen. Soll wirklich verblendeter Nationalismus das deutsche Volk in eine neue Katastrophe treiben?

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat durch die Erklärung im Preussischen Abgeordnetenhaus ihren Standpunkt klar und deutlich formuliert. Auch sie erklärt das Verlangen der Entente für ungerecht und sie erkennt die Schwierigkeiten, es in dieser Form auszuführen. Aber die Schuld für die jetzige Krise trifft die Regierung, die es trotz unseres Verlangens und unserer Warnungen veräußert hat, rechtzeitig die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Um so dringender ist es, alles zu vermeiden, was die Krise noch verschärfen kann und alles zu tun, um in Verhandlungen eine annahmefähige und durchführbare Lösung zu finden.

Die Noten der Entente lassen Verhandlungen zu. Wir rufen die Regierung zur Pflicht der Besonnenheit zurück und warnen noch einmal mit allem Nachdruck vor dem verantwortungslosen Treiben, das das deutsche Volk mit neuem Verderben bedroht.

Wir haben genug an dem Unverständnis und Wahnsinn und fordern endlich etwas Vernunft!

Erklärung der Unabhängigen Fraktion der Preussischen Landesversammlung.

In der Donnerstag-Sitzung der Preussischen Landesversammlung gab Genosse Adolf Hoffmann folgende Erklärung ab:

Das Verlangen der Entente, für die von ihr beschuldigten Personen zur Aburteilung auszuliefern, stützt sich zwar auf die Forderungen des Friedensvertrages, dem wir unter Zwang zustimmen müssen, steht aber im Widerspruch mit den Forderungen der Gerechtigkeit, auf die jeder Beschuldigte einen unantastbaren Anspruch hat. Der siegesträumende Militarismus in den Staaten der Entente mißbraucht die berechtigste Empörung der Völker gegen die Urheber ihrer Leiden, um die Völker unter dem läugerischen Vorwand gerechten Gerichts gegen die Feinde von den Schuldigen im eigenen Lande abzulenkten. Die Verbrechen, die bei der Angeltung des Krieges und in seinem Verlauf überall und auf allen Seiten begangen worden sind, müssen gesühnt werden. Wie die Regierung des kaiserlichen Deutschlands nichts zur Sühne der Kriegsverbrechen getan hat, so fällt auch der jetzigen deutschen Regierung der schwere Vorwurf zur Last, daß sie erst im Jahre 1919 die gesetzlichen Grundlagen für die Aburteilung der Kriegsverbrechen in Deutschland geschaffen, den nationalitätlichen und militaristischen Gegenständen nicht nur nicht entgegentritt, sondern dauernd Vorschub leistet, die politischen und militärischen Kräfte des Landes, die für die Durchführung der Strafgerechtigkeit unter den Nationen und für die Veröhnung der Völker wirken, mit brutalster Gewalt unterdrückt hat und weiter unterdrückt. Die jetzige Krise ist also verursacht durch die Versäumnisse der Regierung und ihre Nachlässigkeit gegen die militärisch-nationalistische Strömung. Dadurch ist die rechtzeitige Aburteilung der Kriegsverbrechen vor deutschen Gerichten verhindert worden. Die Fraktion lehnt jede Verantwortung für diese Krise und ihre Folgen ab. Sie verwirft jede Politik, die das Schicksal des ganzen Volkes wiederum aufs Spiel setzt um des Schicksals einzelner Personen willen. Wir warnen auf das nachdrücklichste, die erste Krise durch nationalitätliche Verhörungen auf die Spitze zu treiben und protestieren insbesondere dagegen, daß eine gesetzgebende Körperschaft zum Bruch eines von der deutschen Regierung unterschriebenen Vertrages ansetzt. Die Fraktion verlangt von der Reichsregierung, daß sie auch jetzt noch alle Mittel der Verhandlung anwende, um Garantien für einen unparteiischen Richterpruch zu erlangen, und rechnet dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Sozialisten der anderen Länder.

Der Wortlaut der Noten.

Am Sonntagabend, den 7. Februar 1920 in später Abendstunde überreichte der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler die Auslieferungsliste mit der unveränderten Begleitnote. Der Note war ein Brief an den Reichskanzler beigelegt. Der Wortlaut der Note ist folgender:

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz,
Paris, den 2. Februar 1920.
Herr Präsident!

In Ausführung des Paragraphen 2 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls beziehe ich mich, Ihnen anbei im Namen der Alliierten Mächte ein Exemplar der von der Britischen, Französischen, Italienischen, Belgischen, Polnischen, Rumänischen und Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Regierung gemäß Artikel 228 Absatz 2 des Versailler Vertrages aufgestellten Listen zu überreichen.

In die Aufstellung dieser Listen sind nicht alle die mit einbezogenen, welche sich bei der im Laufe des Krieges von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, schließlicherweise darin nur Personen aufzuführen zu sollen, die anscheinend die schwerste Verantwortung trifft. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen stellt weit zurück hinter demjenigen, der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der begangenen Gesetze und Gebrauche begangenen Reichswidrigkeiten.

Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in die beizusetzten Listen nicht mit einbezogen sind. Die vorliegende Aufstellung berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebietes zu verfolgen.

Gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages sind die auf den beizusetzten Listen aufgeführten Schuldigen, sei es dem Namen nach, sei es dem Grade der Amtsausübung oder Amtverwandlung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, beizusetzen.

Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der Deutschen Regierung, sowie dies in Artikel 230 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genaueren Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte.

Eine weitere Mitteilung wird Sie in Verantwortung Ihres Schreibens Nr. 83*) die Umsätze wissen lassen, unter denen die Alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung

ges. H. Millerand.
An Herrn Freiherrn v. Ledner, Vorsitzender der deutschen Delegation.

*) Gemeint ist die Note des Herrn von Ledner in der Auflieferungsfrage vom 26. Januar d. J.

Der beigelegte Begleitbrief lautet:

Friedenskonferenz. Der Präsident.
Herr Reichskanzler!

In Ausführung der Artikel 228 bis 230 des Vertrages von Versailles und gemäß § 3 des Protokolls vom 28. Juni 1919, habe ich, in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz, am 2. Februar Herrn von Ledner, Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der englischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung aufgestellten Listen zugesandt. Diese Listen waren von einem Briefe begleitet, der — es sei dies besonders bemerkt — festsetzt, daß nach Prüfung der in dem Briefe Nr. 83 des Vorliegenden der deutschen Delegation enthaltenen Erwägungen eine weitere Mitteilung die Bedingungen wissen lassen würde, unter denen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt zu sehen wünschen.

Herr von Ledner hat auf diese Mitteilung mit dem Briefe geantwortet, dessen Abschrift beigelegt.

Die Mächte haben nicht daran gezweifelt, daß die Handlung Herrn von Ledner eine persönliche Angelegenheit war, für welche die deutsche Regierung keine Verantwortung trägt. Sie haben in der Tat nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verhüllung um entziehen beabsichtigte, die sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen ist und daß sie, nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Vertrages, sich vorsätzlich weigerte, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen.

Ich habe also die Ehre, Herr Reichskanzler die Liste, welche Herr von Ledner in Empfang zu nehmen sich gezwungen hat, überreichen zu lassen, sowie den Brief, der ihr beigelegt war. Dieser Brief ist vom 3. Februar datiert. Die Mächte haben demnach die durch das Protokoll vom 28. Juni bestimmte Frist eingehalten. Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

H. Millerand
Präsident der Friedenskonferenz.

Ein Vermittlungsvorschlag.

Die der Pariser Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ meldet, daß die Friedenskonferenz überreicht worden sein, die Aburteilung der schuldigen Deutschen den Völkern und zu übertragen. Dieser Ausweg ist auf Grund des Artikels 19 des Friedensvertrages von Versailles möglich, der unter gewissen Umständen eine Nachprüfung von Vertragsbestimmungen vorsieht. Frankreich hat diesen Ausweg auf das Verlangen Englands hin angenommen. Die Liste der Angeklagten wird indessen gleichwohl durch den französischen Geschäftsträger in Berlin überreicht werden; es wird jedoch nicht die sofortige Auslieferung der Persönlichkeiten verlangt. Diese verbindliche Lösung habe, wie dem Blättern aus Paris bestätigt wird, der britische Justizminister Birkenhead herbeigeführt, der im Auftrage des englischen Premierministers für die Wiederung eintrat, um der deutschen Regierung die Befriedigung der Alliierten zu erleichtern und in Deutschland einen Volksaufstand zugunsten der Reaktion zu verhindern.

Diese Meldung, die allerdings noch der amtlichen Bestätigung bedarf, ergänzt die in den letzten Tagen von italienischer Seite verbreiteten Nachrichten, wonach in der Entente eine feste Stimmung für eine vernünftige Lösung der Auslieferungsfrage vorhanden ist. Um so mehr ist es Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß diese Stimmung nicht durch Herausforderungen und Wachschaffungen zurückgedrängt werde, die den Eindruck erwecken könnten, daß es Deutschland darum zu tun sei, die Kriegsverbrechen überhaupt der Aburteilung zu entziehen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mahes, wird der Sitzung des Ausschusses der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten am Montag noch beizuwohnen und Dienstag nach Paris abreisen.

Die Zusammenstellung der Liste.

Die von den Alliierten zur Verteilung gelangte Liste zur Auslieferung der verlangten Personen umfaßt 104 Seiten und zerfällt in 7 Listen. Die erste Liste umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl von 100, die zweite Liste die von Frankreich Geforderten mit 834 Namen, die dritte Liste die von Italien Geforderten mit 29 Namen, die vierte Liste die von Belgien Geforderten mit 334 Namen, die fünfte Liste die von Polen Geforderten mit 58 Namen, die sechste Liste die von Rumänien Geforderten mit 41 Namen und die siebente Liste die von Serbien Geforderten mit 4 Namen.

Die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs wird wegen der Verbindungen in Nordfrankreich gefährdet, die von Tirpitz wegen des unbeschränkten U-Bootkrieges. Der General Müller wird beizusetzt, Urheber der Deportationen aus Lille im Jahre 1918 gewesen zu sein.

Eine Wie-do-„Freiheit“.

In einigen Abritten wird ein Blatt beizusetzt, das den Titel „Freiheit“ führt und den Kopf eines Mannes nachzuahmen sucht. Wir stellen fest, daß dieses Bildchen ohne Willen und Wissen des Verlegers und der Redaktion der „Freiheit“ erschienen und erheben Einspruch gegen diesen Mißbrauch, der das Parteinteresse auf schwerste Schäden aussetzt.

Die Reichskonferenz der S. P. D.

Am Mittwoch, den 28. Januar, fand im Hofsaal des Abgeordnetenhauses eine Reichskonferenz der Unabhängigen Partei Deutschlands statt, die aus allen Teilen des Reiches stark besetzt war.

Das Hauptreferat hielt Genosse Crispian. Er schilderte die innerpolitische Lage. Die Regierung wolle infolge der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits einschließen, gegen die Streikbewegung, namentlich im Kohlenbergbau und in den Eisenbahnbetrieben, gewaltsam vorzugehen. Die Berliner Vorfälle am 18. Januar vor dem Reichstage hätten ihr den Vorwand geboten, den Ausnahmezustand zu verhängen und ihn nicht nur zur Niederschlagung der Streikbewegung, sondern auch zu einer maßlosen Hege gegen die Partei zu benutzen. Mit allem Nachdruck wies der Redner darauf hin, daß die Partei jede politische Taktik nach wie vor unbedingt verwerfe und keinen Moment lang davon gedacht habe, in der gegenwärtigen Situation zu irgendwelchen, als rein friedlichen Demonstrationen aufzutreten. Insbesondere in Berlin war ausdrücklich festgelegt, daß die Demonstrationen durch Ordnung und Vertrauensmänner rechtzeitig zum Abmarsch und zur Auflösung der Demonstrationen aufgefordert werden sollten. Eine unglückliche Verkettung von unvorhergesehenen Zwischenfällen verhinderte das rechtzeitige Eingreifen der Ordnung. So kam es zu bedauerlichen Zwischenfällen, die von einzelnen Personen hervorgerufen waren auf der Treppe des Parlaments I des Reichstags. Das rechtzeitige aber in keiner Weise, daß an anderer Stelle, bei Vorat II des Reichstags, auf die Menge, die durch die ganze Straßenbreite vom Reichstagsgebäude getrennt war, Rauchgasgewehrfireur abgegeben wurde. Es müsse noch hinzugefügt werden, daß die sichtbare Aufstellung von Maschinengewehren und Flammwerfern sowie der Umstand, daß schwerbewaffnete Soldaten in kleinen Trupps durch die Menge patrouillierten, an sich provokatorisch auf die Menge wirken mußte. Der Redner wies mit größtem Nachdruck darauf hin, daß in dieser Situation die Partei ihre Reihen eng zusammen schließen müsse. Es müsse eine Taktik verfolgt werden, die mit den wirklichen Machtverhältnissen rechte und nicht phantastische Hoffnungen auf einen über Nacht erfolgenden Zusammenbruch nährt. Die politische Partei müsse die Führung und Entscheidung über alle ihre Aktionen haben. Das heißt selbstverständlich nicht aus, sondern bedingt vielmehr wie bisher, ein enges Zusammenarbeiten in allen Fragen mit den Vätern und Gewerkschaften. Jetzt müsse es Aufgabe der Organisation sein, die Wahlen zu den Betriebsräten mit allem Nachdruck zu betreiben und geeignete Vertrauensmänner in die Betriebsräte zu wählen. Ueberwunden werden müsse auch die Neigung kommunistischer Gruppen in ihrer Taktik Gefolgshaft zu leisten. Ganz klar sei auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die Unabhängige Partei verwerfe jede Abspaltungsbewegung und verlange von den Genossen, daß sie innerhalb der Gewerkschaften im Sinne der Parteibeschlüsse wirken. Crispian besprach dann im einzelnen die Möglichkeit der Agitation und Organisation unter dem Ausnahmezustand.

Einen besonderen Raum nahmen in der darauf folgenden Erörterung noch die Verhältnisse im Bergbau ein. Ein Vertreter der Bergarbeiter schilderte die schwierige Situation, in die die Bergarbeiter dadurch geraten seien, daß die Verbände die sofortige Einführung des Sechstages ablehnen und die Regierung alle Machtmittel bereitgestellt hat, um eine Streikbewegung niederzuschlagen. Der betreffende Delegierte wies darauf hin, daß es sich um eine rein wirtschaftliche Bewegung handele, in der alle Bergarbeiter von den Unabhängigen bis zu den Christlichen ursprünglich einig waren, daß sie die Ueberzeugung hätten, daß durch die Verhängung der Arbeitszeit der Einlegung von vier Schichten keine Verminderung der Kohlenproduktion einreten würde.

In der Reichskonferenz war man sich allgemein des Ernstes der Situation klar. Die Forderungen der Bergarbeiter wurden als gerechtfertigt angesehen. Es wurde betont, daß die ursprünglich rein wirtschaftliche Bewegung durch die Maßnahmen der Regierung einen politischen Charakter bekommen hat. Die Konferenz erhob sofort einen scharfen Protest gegen die willkürliche Verhängung des Ausnahmezustandes der Partei, Genossen Däumig, sowie zahlreicher anderer Genossen.

Zum Schluß teilte Crispian noch die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Sekretär der französischen Partei, Genossen Frossard, und der Schweizerischen Parteileitung mit. Er konnte die günstige Aufnahme konstatieren, die die Stellungnahme der Partei zu den Internationalen auch in weiten Kreisen der französischen und Schweizerischen Parteigenossen gefunden hat. So hätten sich günstige Aussichten für die Verhandlung mit den den Unabhängigen nahestehenden Parteien im Westen eröffnet. Es sei zu hoffen, daß hierdurch der Aufbau einer Internationalen im Sinne der Beschlüsse des Leipziger Parteitag gefördert würde, um so mehr aber, wenn auch im Osten die gleiche Bereitwilligkeit zur Verständigung und zum Zusammenschluß der proletarischen Kräfte vorhanden sei.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Die Ernährungsschwierigkeiten haben in den letzten Wochen allgemein zugenommen. Seitdem wir an dieser Stelle am 9. Januar die Notizen des Lebensmittelbedarfs an der Hand des Ergebnisses der Untersuchung des statistischen Amtes der Stadt Berlin besprochen haben, sind eine ganze Reihe von weiteren Preissteigerungen eingetreten, deren nachteilige, ja verderbliche Wirkungen auf die Lebenshaltung der Massen von Tag zu Tag steigen.

Am bedenklichsten ist die Steigerung der Milchpreise von 20 Pf. pro Liter auf 3 Mark. Bedeutet bereits an sich jede Preissteigerung eines lebenswichtigen Nahrungsmittels eine Einschränkung der Lebenshaltung, so ist die pöblich gewaltige Steigerung der Milchpreise auch eine Gefährdung des Gesundheitszustandes insbesondere der Säuglinge, der Kinder und der Kranken.

Die Hülle kauft sich ganz auffallend, daß Familien der minderbemittelten Bevölkerung sich vollkommen außerstande sehen, die ihnen aufzubehaltenen Säuglingen zu kaufen und für dessen die Milchsorten an zahlungsunfähige verkaufen. Es ist dringend notwendig, daß diesem Zustand baldmöglichst abgeholfen wird, und zwar durch Maßnahmen, die der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zu einem wesentlich billigeren Preis liefern.

Beziehlich mit den Preissteigerungen hat eine so erhebliche Steigerung der Abkühlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einsetzt, daß die Kontrollen der Preise sich völlig aufgehört hat, die von Staat erheblich herabgesetzt worden ist. Der Preissteigerungen der Landwirtschaft ist also keine weitere Wirkung. Zudem die Preise verhältnismäßig gut ausgefallen ist und sich nach der letzten Witterung in den Händen der Händler befinden, haben die erhöhten Preise durch die gewöhnlichen Witterungsbedingungen nicht vermehrt die Landwirtschaftserzeugnisse zu erhöhen. Am Gegenstand ist durch diese Entgegenkommen der Regierung die Hoffnung der Landwirte auf noch größere Steigerung

der Preise geweckt und auch ihr Verlangen nach völliger Befreiung der Zwangswirtschaft gestärkt worden.

Die Presseverbote gehen weiter.

Die „Deutsche Zeitung“ wurde von Kasse auf 8 Tage verboten, weil sie in einem Artikel behauptete, die Regierung beschwätze einen Staatsstreich.

Wir empfinden keinerlei Befriedigung über diese „gleichmäßig“ nach rechts und links ausgestellten Hiebe, wobei höchstens zu bemerken wäre, daß noch rechts wesentlich sanfter verfahren wird. Es bleibt nach wie vor ein Armutszeugnis für die Regierung, daß sie ihr eigenes Ansehen und die Sicherheit des Staatslebens nicht besser wahren zu können glaubt, als durch Presseverbote.

Aus Dresden wird gemeldet: General Moeder hat die Dresdener unabhängige „Vollzeitung“ und deren Kopieblatt, die „Piktur Vollzeitung“ auf 10 Tage verboten, weil sie am 8. Januar in Waidreiter Ueberdrück behauptet hatten, die deutsche Regierung wolle den Friedensvertrag brechen.

Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Die Reichsanstalt für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach langer Unterdrückung kann jetzt mit dem Einreisen eines Transportes deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus Rußland gerechnet werden. Ein Ausbruch aus Moskau meldet, daß ein Transport mit 600 deutschen Frauen, Mädchen, Frauen und Kindern am 7. Februar Moskau verlassen wird.

Die Sowjet-Regierung erwartet als unumgängliche Voraussetzung für den weiteren Heimtransport der Deutschen aus Rußland die Verhängung jenseitiger propagandistischer Anmerkungen unter den in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Angehörigen der Vermont-Armee zum Zweck der Verwertung für irgend eine antihörschwastische Front.

Der vierte Seemissionstransport deutscher Kriegsgefangener aus Japan hat am 27. Januar Japan verlassen. Insgesamt besteht der Transport aus 608 Personen.

Schließung von Betrieben.

Nach Meldungen aus Danzig hat der Magistrat die frühere Reichswerke geschlossen. Sämtliche Arbeiter, gegen 3500, sind entlassen worden. Der Lohn wird für die Dauer der Schließung des Betriebes weitergezahlt. Bei einer Wiedereröffnung des Betriebes, in etwa acht bis zehn Tagen kommen nur solche Arbeiter für eine Wiedereinstellung in Frage, die sich auf den Boden der vom Betriebsarbeitsrat in der Betriebsversammlung am 2. Februar vorgelegten Entschlüsse stellen. Eingestellt werden nur die Arbeiter, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt haben. Unter den sich zur Arbeit meldenden Personen wird noch eine Auswahl vorgenommen werden.

In einer Meldung ist zur Begründung der Aktion die Rede von „terroristischen Intrigen einer Rinderheide“. Die Arbeiter sollen in das Arbeitszimmer des Leiters gedrungen sein, um ihn zu zwingen, eine Ansprache an die Arbeiter zu halten. Warum sich die Arbeiter den Genus einer solchen Rede verschaffen wollten, wird nicht gesagt. Die oben erwähnte Entschließung, deren Anerkennung die Vorbedingung für die Wiedereinstellung sein soll, enthält den Ausdruck des Bedauerns über den Vorfall. Einmalen hat eine Betriebsversammlung die Entschließung abgelehnt.

Die Danziger Werft folgt damit dem Beispiel der Hamburgener und Bremer und der Schichau-Werft, die ihre Betriebe geschlossen haben, um die Arbeiterarbeit zu erzwingen. Die Praxis ist jetzt auf der Tagesordnung. Auch die Eisenbahnverwaltung bedient sich des gleichen Mittels. Nach der Schließung von 18 großen Werstätten im Reich, auf die wir noch zurückkommen werden, folgt nun die Schließung der Breslauer Werstätten. Die Breslauer Eisenbahnverwaltung teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes wurden Hauptwerkstätten am 12. und 13. gestern abend geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt demnächst unter Einschränkungen der Arbeiterzahl und unter neuen Betriebsbedingungen.

Es hat den Anschein, als wolle die Verwaltung das Experiment nach und nach in allen Werstätten anwenden.

Die englischen Sozialisten gegen die ungarische Konterrevolution.

Genosse Otto Bauer hat das folgende Telegramm aus London erhalten:

Im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei protestieren wir gegen die Politik der Entente, die die monarchistische Reaktion in Ungarn ermutigt, und verurteilen die verbrecherischen Internierungen, Verhandlungen und Hinrichtungen von Sozialisten in Ungarn. Wir bieten unsere Sympathie und Unterstützung allen Opfern dieser Verfolgungen an. Wir tun alles, was wir können, um die Tatsachen zur Kenntnis der öffentlichen Meinung unseres Landes zu bringen und um auf die britische Regierung einzuwirken.

Philip Snowden, Ramsay MacDonald, H. Maclean, Mitglied des Parlaments; Cyril Snowden.

Bolschewistische Siege.

Amsterd., 9. Februar.

Nach einer Neueröffnung berichten die Bolschewisten drastisch die Einnahme Obeffas.

London, 8. Februar. (Reuters.)

Die britische Militärmission in Südrussland meldet, daß die Bolschewisten, die die Don-Kaukasus-Linie zu erzwingen versuchen, unter schweren Verlusten zurückgedrängt wurden. Das Eis auf dem Fluß brach und viele Bolschewisten ertranken. Die lebendigen wurden gezwungen, sich eiligst in nördlicher Richtung zurückzuziehen.

Die besetzte „Majestät Ober“. Herr Ober und Herr Kasse hatten gegen den Vorschlag der bolschewistischen Reichswehr „Sahr“, Dr. Meris Schleimer, Strafantrag gestellt, weil sie sich durch eine Korrespondenz beleidigt hätten. In der betreffenden Nummer des „Sahr“ waren die Mitglieder der deutschen Regierung jeder in der für ihn passenden Tierhaltung dargestellt. Herr Ober wollte als letzter Ober auf dem Staatsbalken, Herr Kasse konzentriert als Affe mit Reichsgelb und Reichspfeil. In der Gerichtsverhandlung wurde von förmlichen Tatsachen berichtet, daß die Korrespondenzen durch den Vorschlag der Bolschewisten und übrigen politischen Satire hätten. Dr. Schleimer wurde daraufhin freigesprochen.

Wohler sei seine Haut, woher die Empfindlichkeit, Herr Ober und Herr Kasse? Mühen Sie sich erst vor Gericht beschuldigen lassen, daß die politische Satire zu allen Zeiten ein Mittel ge-

wesen ist, die Hohen und Niedrigen in aller irdischer Beleuchtung dem Telle näher zu bringen? Selbst Wilhelm II. war in diesem Punkte entschieden überleitet. Ja, man lernt das Meistern nicht über Nacht und verfährt insofern reichlich oft dem Fluch der Kaiserlicheit.

Die Geldstrafe gegen Hefflerich nicht vollstreckbar. Bekanntlich hat der Untersuchungsrichter einen Strafbefehl wegen Neugierüberweigerung dem Staatsminister Dr. Hefflerich durch Vermittlung des Amtsrichters Berlin-Witte zustellen lassen. Auf die Beschwerde des Verteidigers hat das Kammergericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß nicht Rechtshilfe, sondern Amtshilfe gegeben sei, und daß es deshalb nicht in der Sache entscheiden könne. Einen darauf beim Amtsgericht gestellten Antrag, die Ungültigkeit der Zwangsvollstreckung aus dem Beschluß auszusprechen, lehnte das Amtsgericht ab. Auf die Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. Kießberg gegen diesen Beschluß hat nunmehr, wie die „S. P. D.“ melden, das Landgericht I die Zwangsvollstreckung durch das Amtsgericht für unzulässig erklärt, da dem Verteidiger darin beizutreten sei, daß die Zustellung des Strafbefehles, weil von einem unzulässigen Organ vorgenommen, rechtungsgültig sei. Eine Zwangsvollstreckung aus diesem Beschluß sei demnach nicht zulässig.

Der Arbeiter des Eisenbahnterritoriums, dem der D-Zug Schneidemühl-Berlin zum Opfer gefallen ist, wobei 18 Passagiere getötet und 28 verletzt wurden, Otto Verbeleg, der den Anschlag in Gemeinschaft mit den beiden russischen Arbeitern Bohozyl und Jozinski verübt hat, ist vom Schourgericht zum Tode verurteilt worden.

Angestelltenstreik in Braunschw. Die Angestellten im Großhandel- und Vertriebsgewerbe haben mit großer Mehrheit beschloffen, morgen früh in den Ausstand zu treten, weil die Arbeitgeber zu keinerlei Verhandlungen wegen Wählung eines Tarifsaates bereit sind.

Die Abstimmung in Norrbotten über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Dänemark wird am Dienstag, den 10. Februar, stattfinden.

Die Befreiung Memels durch ein Bataillon französischer Truppen wird am 11. Februar erfolgen.

Die Einnahme von Madimskol. Madimskol ist von revolutionären Truppen besetzt worden. Das politische Programm dieser Revolutionäre fordert, jede fremde Einnahme in Sibirien zu verhindern und dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Auch in Charkow in der Mandchurei, wo sich die Verwaltung der von Rußland ererbten sibirischen Eisenbahn befindet, ist die Lage eine sehr kritische. Ein Teil der dortigen russischen Arbeiter ist für die Aufrichtung der bolschewistischen Herrschaft, während der gemäßigtere Teil zwar nicht so weit geht, jedoch die Arbeit einzustellen droht, wenn die Japaner neue Verstärkungen nach Sibirien bringen sollten. Die Arbeiter verlangen, daß jede ausländische Einnahme in Sibirien, in welcher Form sie auch ausgeführt werden mag, aufhören solle.

Die Bolschewisten melden die Einnahme von Cherson. Die roten Truppen haben 40 Meilen vor Odessa eintrifft.

Richard Dehmel tot.

Der Dichter Richard Dehmel ist am gestrigen Sonntag in Hamburg-Blankenese im Alter von 57 Jahren gestorben. Stark als Lyriker, schwächer als Dramatiker, wird er im Gedächtnis unserer Zeit haften bleiben. Sein Werden und sein Wert soll noch gewürdigt werden.

An die Bevölkerung Groß-Berlins!

Die Lebensmittelversorgung der Großstadtbevölkerung ist mehr denn je auf ernstlichste Gefahr abet. Ihre Krise, denen die Zwangswirtschaft ein Dorn im Auge ist, machen sich die Störung der Lebensmittelversorgung nur zu sehr bemerkbar. Schand an der Misere ist die Zwangswirtschaft. Unter dem „freien Handel“ wäre die Versorgung der Bevölkerung besser, die Landwirtschaft würde zur Hochproduktion „angereizt“ werden und dem. Alles dies ist nur darauf berechnet, die Stimmung der Bevölkerung für die Nutznießer des „freien Handels“ einzufangen und die Regierung in ihrem Sinne umzustimmen.

Wohin die sogenannte „freie Wirtschaft“ führt, dafür ist der gegenwärtige unendlich hohe Preis des von der Zwangswirtschaft befreiten Lebens, der Eier, des Lebens und der hohen Preise. Wenn die Ernährung des Volkes einigermassen gesichert werden soll und wir nicht den sterblichen Verhältnissen ausweichen wollen, so ist es dringend notwendig, daß Maßnahmen, Stadtverordnungsänderung, und vor allen Dingen die Bevölkerung selbst die Gefahren der Aufhebung der Zwangswirtschaft erkennen und von der Regierung fordern, daß sie ohne Rücksicht auf die Interessen privatrechtlicher Großhändler eintritt für:

1. Bekämpfung der Zwangswirtschaft.
2. Strengste Kontrolle über alle ins Ausland gehenden, für das Inland entscheidenden Handelsartikel.
3. Strengste Maßnahmen gegen landwirtschaftliche Produktionsmittel, welche systematisch die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung sabotieren.
4. Deffinitive Bekämpfung über die vorhandenen landwirtschaftlichen Lebensmittelbestände.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat der Stadt Berlin.

Der Vorstand:

Sült, Dettmer, Littel.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer des „Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Presseball von Rud. Dreißbach, Die Internationa, ihr Parlament und ihre Presse von H. Ledebour, Sowjetrußland und der Friede von H. Stein, Das Abflauen des revolutionären Geistes von H. Kautsk, Der Reichsparlamentarist von S. Kufhäuser, Proletariat und Kunst von H. Crispian, Aus der Internationale, Tagebuch.

Soeben erschienen!

Das Gesetz über die Betriebsräte

erläutert von S. Kufhäuser.

80 Seiten.

Preis 3.50 Mk.

Organisationen erhalten Rabatt.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“.

Berlin C. 2.

Dreile Straße 8-9.

Gewerkschaftliches.

Streik der Buchdrucker in Kiel.

In Kiel sind die Buchdrucker vor einigen Tagen in den Streik getreten. Die Ursache des Streiks ist folgende: Das vom Kieler Gewerkschaftsrat eingesetzte Lohn- und Arbeitsamt hat Ende Januar eine Verordnung herausgegeben, durch die allen gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen über 21 Jahre ein Teuerungszuschlag zum Stundenlohn von 50 Pf. zugesprochen wurde. Diese Zulage sollte ohne Rücksicht auf die bestehenden tariflichen Abmachungen gezahlt werden. Sie ist von allen Unternehmern anerkannt worden, außer den Buchdruckerbetriebern. Diese bezogen sich auf den Tarifvertrag und einen eben beschlossenen für den Kreis X der Kieler Gewerkschaft am 1. Januar rückwirkend zahlbaren Teuerungszuschlag von 10 M. für Verheiratete und 5 M. für Ledige pro Woche.

Die Kieler Buchdrucker haben nach viermaligen fruchtlosen Verhandlungen einstimmig beschlossen, zu streiken. Der Beschluß wird vollkommen einmütig durchgeführt. Alle Betriebe liegen still. Zeitungen erscheinen nicht. Die nach Ausbruch des Streiks geführten Verhandlungen haben am Donnerstag zu einem Ultimatum der Unternehmer-Organisation des Kreises X der Tarifgemeinschaft geführt. Falls bis Donnerstag nachmittags 4 Uhr die Arbeit in Kiel nicht wieder aufgenommen sei, sollten die Streikstreicher für alle Buchdrucker des Kreises die seit dem 15. Dezember geltenden und die neuerdings bewilligten Teuerungszulagen gesperret werden. Die Kieler Buchdrucker haben dieses Ultimatum einmütig abgelehnt. Der Streik geht weiter. Der Kreis X, für den die Forderung der Unternehmer gültig gilt, umfaßt: Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein sowie die angrenzenden Gebiete. Die Durchführung der Streikmaßnahme würde für diesen Bezirk den allgemeinen Streik der Buchdrucker bedeuten. Die Unternehmer haben nun gedroht, die Streikstreicher evtl. zu erwidern und die Teuerungszulagen im ganzen Reich zu sperren. Die Buchdrucker sind bestrebt, trotz der Ueberredungsversuche der Kreisvertreter des Buchdruckerverbandes einmütig auf ihrem Posten zu bleiben. Wie von den Buchdruckerverband und besonders seine Führer kennen, wird den Kieler Buchdruckern jedoch schon in kurzer Zeit das Genick abgedreht werden.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Am Sonntag, den 1. Februar, hielten die Berliner Metallarbeiter in der Bod-Grauer-Str. 11 die Generalversammlung ab.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über das Ergebnis der mit den Metallindustriellen gepflogenen Verhandlungen, erstattete der Bevollmächtigte Biska den Bericht. Es wurde vereinbart, daß eine Schlichtung für jeden beschäftigten Arbeiter von 6 M. pro Woche gezahlt wird; Verheiratete erhalten außerdem für die Frau 3 M. und für jedes unterhaltspflichtige Kind 6 M. pro Woche (eheliche und vorzeitliche Kinder werden gleich behandelt). Außerdem wird eine Tarifserhöhung auf den Einstellungslohn und auf die Alfordbasis für männlichen Arbeitern von 80 Pfg. pro Stunde gemacht. Arbeiterinnen erhalten 6 M. Schlichtung; Tarifserhöhung für Einstellungslohn und Alfordbasis 20 Pfg. pro Stunde. Jugendliche erhalten 4 M. Schlichtung; Tarifserhöhung für männliche und weibliche von 14—18 Jahren 10 Pfg. pro Stunde, von 18—20 Jahren 15 Pfg., Lehrlinge erhalten nichts.

Die Schlichtung (6 Mark resp. 4 und 8 Mark) ist ein Bestandteil des Lohnes und wird nur für die wirklich geleistete Schicht gezahlt. Bei durch Streik oder Demonstration unterbrochener Schicht wird die Zulage nicht gewährt. Wenn mit Zustimmung des Arbeitgebers die Schicht nicht voll gearbeitet wird, soll die Schlichtung voll gezahlt werden. Auf die im Schlichtungsanspruch vom 2. November 1919 für die Glühlampen-Arbeiterinnen vorgesehene Löhne findet die Erhöhung der Alfordbasis sinngemäße Anwendung. Bisher wurde gezahlt: 1,70 Mark, jetzt 1,90 Mark; 1,90 Mark, jetzt 1,70 Mark. Die Alfordzulagen werden durch Umlageverfahren von dem Verband der Berliner Metallindustriellen eingezogen. Die Kontrolle darüber stellt dem Hauptauschuß zu. Es soll damit verhindert werden, daß einzelne Arbeitgeber kinderreiche Arbeiter aus den Betrieben entfernen.

Die Vereinbarung tritt mit dem Tage der beiderseitigen Zustimmung in Kraft.

Die Unternehmer forderten, daß die Arbeitszeit in allen Betrieben mindestens 40 1/2 Stunden betragen soll. Da dies eine Verschlechterung in einzelnen Betrieben bedeutet, lehnte die Verhandlungskommission dieses Ansinnen ab; nachdem die Verhandlungen über diesen Punkt fruchtlos verlaufen waren, einige man sich auf ein unparteiisches Schlichtungsgericht. Biska teilte noch mit, welchen Standpunkt der „sozialistische“ Reichsarbeitsminister und ehemalige Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schilde zu der Erhöhung der Arbeitszeit einnimmt. In einem Schreiben an die Berliner Ortsverwaltung spricht er sich auf eine diesbezügliche Anfrage dahin aus, daß die Forderung der Metallindustriellen zur Erhöhung der Arbeitszeit in einzelnen Großbetrieben ein berechtigter Wunsch sei und daß er erwarte, daß die Arbeiter sich der durchaus verständigen Auffassung der Unternehmer anschließen werden.

In der Diskussion teilte ein Vertreter des A. G. A. Konzerns mit, daß sich die Arbeiter der A. G. A. ganz entschieden gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit wehren werden. Der Kollege machte Mitteilung davon, daß die Unternehmer Flugblätter in die Wohnungen der Arbeiter senden, um damit die Frauen der Kollegen zu beeinflussen.

Ein Antrag Hellmann, welcher vorschlug, die Verhandlungskommission solle nachmals mit den Metallindustriellen in Verhandlung treten, wurde von der Generalversammlung abgelehnt. Dagegen stimmte die Generalversammlung dem Abkommen gegen eine große Minorität zu.

Der Bevollmächtigte Biska erstattete nunmehr einen kurzen Bericht über den gedruckt vorliegenden Entwurf des neuen Ortsstatuts. Der Entwurf ist zustande gekommen unter Anleitung der von der letzten Verbandsgeneralversammlung in Stuttgart angenommenen Resolution Richard Müller. Das neue Ortsstatut ist gegenüber dem alten redaktionell vereinfacht worden, für die Mitglieder all-leicht verständlich. Die Zusammenfassung der Generalversammlung wird eine Umgestaltung erfahren, während die gegenwärtige Generalversammlung sich aus über 5000 Funktionären zusammensetzt, wird die neue Generalversammlung etwa 500 Mitglieder zählen, die aus der himmelberühmten Delegierten besteht, die in den von der Industrie-gruppe eingereichten Wahlzirkeln gewählt werden. Dazu kommen die stimmberechtigten Mitglieder der mittleren Ortsverwaltung, während die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung nur beratende Stimme haben werden. Eine einschneidende Neuerung besteht auch darin, daß das neue Statut vorschreibt, daß sich alle Angehörigen jährlich einmal zur Renewal zu stellen haben.

In der Diskussion wandte sich der Kollege Karl Schmidt gegen einzelne Paragraphen des neuen Statuts und brachte eine Resolution ein, welche besagt, daß nur der Hauptvorstand befugt sei, Industrieorganisationen zu schaffen. Auch wurde der neue Entwurf die Funktionäre durch die Rekonstitution der Generalversammlung entzogen.

Der Entwurf wurde nach lebhafter Diskussion mit ca. 4500 gegen 22 Stimmen angenommen.

Mit derselben Stimmzahl wurde ein von Kistler begründeter Antrag angenommen, der besagt, daß entsprechend dem § 15 Absatz F des letzten angenommenen neuen Ortsstatuts die Generalversammlung die Ortsverwaltung beauftragt, die

Halfte der Angestellten sofort zu kündigen und die Neu- bzw. Wiederwahl zu veranlassen.

Die Generalversammlung nahm ferner gegen 8 Stimmen den Antrag der Ortsverwaltung an, die Beiträge für die Dauer eines Vierteljahres um 1,70 M. pro Woche zu erhöhen. Dies gilt jedoch nur für die erste und zweite Beitragsklasse. Ausgeschlossen von der Erhebung doppelter Beiträge sind Erwerbslose (Arbeitslose, Kranke, Gemahlsgehalte, sowie Lehrlinge und Mitglieder der 10-Pf.-Beitragsklasse. Die Beitragserhöhung tritt mit dem 15. Februar in Kraft.

Der Bevollmächtigte Biska teilte zum Schluß noch mit, daß die nächste ordentliche Generalversammlung am 14. März 1920 und die Bezirksversammlungen, die dazu Stellung nehmen, am 1. März stattfinden werden. Die Beiträge zur ordentlichen Generalversammlung müssen bis zum 15. Februar bei der Ortsverwaltung eingereicht werden.

Schwerer Meißel der Rechtssozialisten.

Die Mitgliederversammlung der Berliner Buch- und Steinindustrie, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am vergangenen Freitag brachte den Rechtssozialisten einen Meißel mit Pauken und Trompeten. Einleitend gab Biska einen Bericht über die Verhandlungen betr. Teuerungszulagen für das Personal. Die im März nächsten Jahres 53,85 und 122,95 M. Als im weiteren Verlaufe der Versammlung der Redaktionssekretär des „Vorwärts“ fuß die Behauptung auf, daß die Propagandakommission für das Notwehrsystem mit Mitteln der Ortsverwaltung arbeite, wurde dieser Führer der rechtssozialistischen Organisationszweigsplatterer vom Genossen Großmann geschrien angefaßt und in offener Versammlung als Lügner gebrandmarkt. Die Versammlung beschloß, daß fuß den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anteele. Sollte ihm das nicht gelingen, dann soll der Ausschluß gegen ihn beantragt werden.

Die Neuwahl zum Ortsvorstand brachten unsere Genossen einen vollkommenen Sieg. Gegen eine bis sieben Stimmen wurden bei etwa 2000 Versammlungsbesuchern neun Genossen bzw. Genossinnen gewählt.

Genau so verliefen die Wahlen zum Hauptvorstand. Hier wurden vier Genossen gewählt. Herr Fuß erhielt ganze vier Stimmen. Sogar die eigenen Parteigenossen lassen fuß fallen, er hat sich selbst dem Ruche der Unverlässlichkeit preisgegeben, sein Amtreten ist lediglich die Lachmuskeln der Mitglieder. Zum Hauptvorstand wurden auch die Genossen wiedergewählt, die der Hauptvorstand ausgeschlossen hatte, weil sie ihm zu sehr auf die Finger saßen und nicht das Interesse der Mitglieder in den Vordergrund hoben.

Auch die Wahlen der Revisionskommission und des Schlichtungsgerichts wurden lebhaft von Genossen befeh.

Der Zentralvorstand Bucher wird aus der Verlammlung die Behre ziehen können, daß die Hilfsarbeiter Klassenkämpfer und keine Anrechtler sind. Eine Resolution, die sich sofort gegen den Zentralvorstand wendet und den Kampf zur Verbesserung des Betriebsstandes fordert, wurde gegen ganze drei Stimmen angenommen.

Die Rechtssozialisten mit ihren bürgerlichen Ideologien haben bei dem Buchdruckerstreik vollkommene abgewirtschaftet, dank der geschickten Arbeit unserer Genossen. Auch im Reich macht die Opposition unserer Genossen, die die revolutionäre Umgestaltung der Gewerkschaften und die Verschmelzung der Berufsvereinigungen zu Industrieverbänden auf dem Boden des Notwehrsystems auf ihre Fahne geschrieben hat, glänzende Fortschritte. Der Zentralvorstand Bucher, ein „alter Gewerkschaftler“, d. h. verzweifelter Bureaucrat der alten Schule, kann bald sein Schwannchen entlassen und sich nach einem Minister oder Landratsposten umsehen.

Neuer Streik im Bankgewerbe?

In einer gut besuchten Versammlung der Bankangestellten, die Sonntag vormittag in den „Germania-Hallen“ stattfand, schilderte der Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Marx, wie trotz fünfjährlicher Verhandlungen mit den Bankleitungen über einen Reichsstarif es noch zu keiner Einigung gekommen sei. Die Stimmung unter den deutschen Bankangestellten sei deshalb jetzt so gereizt, daß sie schon davon zurückzudenken wären, in einem allgemeinen Streik zu treten.

Die Versammlung nahm zum Schluß eine Entschließung an, die den seitens der Bankleitungen überreichten Gegenentwurf als eine Revolution der Angestellten bezeichnet und vom Schlichtungsanspruch ermahnt, daß mit der gebotenen Beschleunigung ein für die Angestellten annehmbarer Schlichtungsanspruch gefaßt wird, andernfalls alle gewerkschaftlichen Kampfmittel in Anwendung gebracht werden.

Groß-Berlin.

Unsere Zeitung.

Nach wochenlanger unwillkürlicher Pause erscheint nun zum ersten Male wieder die „Freiheit“, unsere Zeitung, wie sie mit Stolz von vielen tausenden Proletariern und Proletarierinnen genannt wird. Ich, daß doch erst noch die vielen anderen Leser und Leserinnen der „Freiheit“, die sich in diesen Wochen von keiner schönen Seite gezeigt haben, erkannt hätten, daß es sich um ihre Zeitung handelt.

Die „Freiheit“ ist doch kein Blatt, das um seiner selbst willen besteht, etwa um einem oder mehreren Kapitalisten die Taschen zu füllen. Nein, die „Freiheit“ ist das Kampforgan der revolutionären, klassenbewußten Arbeiterklasse, das sich die Groß-Berliner Arbeiter zur Vertretung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen haben. Da kommt ein herber Sturm und reißt diese Waffe den Proletariern aus der Hand, droht sie zu vernichten. Die wackeren Genossen und Genossinnen erkennen sofort die Gefahr und sie geloben sich, dem Gegner das Spiel zu verderben, eilen herbei, ihre Zeitung wirtschaftlich zu unterstützen, koste es was es wolle. Mit Freude haben wir konstatieren können, daß der größte Teil unserer Leser sich bereit erklärt hat, der „Freiheit“ auch die Arzenei zu mahnen für die Zeit, wo sie nicht erscheinen konnte. Ohne Murren wurde der Abonnementspreis für den Monat Januar voll bezahlt und ganz von selbst kamen von vielen Seiten die Anerbietungen, den Abonnementspreis für die fernere Zeit ebenfalls zu bezahlen, auch wenn das Verbot nicht aufgehoben werde. Viele Wackeren haben die Lage rißig erkannt; sie wissen es, daß beabsichtigt war, mit dem Verbot der unabhängigen Blätter die ganze unabhängige Bewegung zu vernichten. Sie wissen ferner, daß dann auch die gesamte Arbeiterbewegung einen schweren Schlag erlitten hätte. Das durfte nicht sein, und deshalb erklärten sie sich auch zu den größten Opfern bereit.

Anderer verhielt sich dagegen ein kleinerer Teil unserer Leser, jener Teil, der politisch noch in den Kinderstühlen steckt und glaubt, der politische Kampf sei ein Tanzvergnügen. Wenn die Musik nicht spielt, zähl ich keinen Großkuchen. Die Überwilligkeit der anderen sollte sie bejammern. Gaben sie schon einmal darüber nachgedacht, wie

es um die Arbeiterklasse stände, wenn alle so kleinlich denken würden wie sie?

Wir wollen nicht weiter darüber reden, da wir hoffen, daß wir in Zukunft mit solchen „Halbheidenen“ nicht mehr zu rechnen brauchen. Unsere Gegner werden ohnedies schon erkannt haben, daß sie uns nicht zu Boden kriegen. Wir werden unsere Schuldigkeit auch ferner tun und unerschrocken den Kampf für den Sozialismus weiter führen. Persönlichen Dank dafür erwidert keiner von uns, aber den Wunsch sprechen wir aus: Wenn man nochmals wagen sollte, eure Presse zu knebeln, dann tretet geschlossen dafür ein, daß auch eure Zeitung erhalten bleibt!

Was wir nicht bringen konnten.

Es ist viel, was unsere Leser in den vier Wochen unseres Niederschneens vermissen mußten. Was am ehesten noch zu ertragen ist, das sind die vielen Meldungen über Einbrüche und Raubüberfälle, von denen man sich als erdbebter Mensch nicht so leicht entziehen kann. Der fingierte Raubanfall ist der Kriminalpolizei etwas Unmögliches. Schlimmer schon lauteten die Mitteilungen über Feuergefechte zwischen Polizeibeamten und Einbrechern, bei denen es Tote gab. Charakteristisch ist ein Vorgang in der Schule in der Hingelstraße, wo Schulleiter in Begleitung von Polizeibeamten die Schule nach Einbrechern durchsuchten, wobei auch die Schöne des Schülers misshandelt. Und da die einen absichtlich einen anderen Weg gingen als die anderen, ereignete es sich, daß die sich entgegenkommenden in der Dunkelheit als Einbrecher ansahen und auf einander ein Feuergefecht eröffneten, wobei ein Polizeiwachtmeister Kopf seinen Tod fand. — Würdiger Ansehen hat das Attentat auf Erzbischof hervorgehoben, das ein junger Mann aus Paris auf den verhassten Finanzminister verübte.

Was unsere Leser, vor allem unsere Frauen am Schwefelstein vermischen, das war das Fehlen der Lebensmittelnachrichten und es ist daher keine Uebertreibung, wenn wir behaupten, daß viele geschädigt worden sind. — In der Zeit unseres Richterscheitens sind die Preise für Lebensmittel noch weiter hinaufgestiegen. Die Milch kostet jetzt 2 M. das Liter, das Brot steht im Preise, außerdem tritt aber die Herabsetzung der Brotrollen von 2500 auf 1900 Gramm von dieser Woche ab ein. Das Brot zu 1900 Gramm kostet 2,34 M.

Aus dem Berliner Rathaus ist mitzuteilen, daß eine neue Fußarbeitsteuer beschlossen ist, die erheblich hohe Sätze enthält. Der Stadtverordnete Leo Juch (Rechtssozialist) hat sich genötigt gesehen, sein Mandat niederzulegen. An seine Stelle ist der Rechtsanwalt Kemp getreten.

Eine erneute große Verärgerung des Zeitungspapiers ist wieder eingetreten. Alle Zeitungen haben bereits ihre Abonnements für den Monat Februar um eine Mark und mehr erhöhen müssen. Es ist kein Ende abzusehen, wohin es mit der Herausgabe der Zeitungen noch kommen soll. Am härtesten wird dadurch die Arbeiterpresse getroffen, weil ihre Leser die Erhöhung mehr fühlen als die Leser der bürgerlichen Zeitungen.

Zur Änderung der Hotelzimmerpreise sind von der Schlafwagen-gesellschaft die auf verbleibenden Lokalbahnstrecken stehenden Schlafwagen bereitgestellt worden. Zunächst zehn Wagen auf dem Mühlbühlhahn-Schöneberg, sechs auf dem Anhalter Bahnhof. Der Preis für Nachtquartier beträgt 15 M., dazu 2 M. Vormittagsgebühren, also 17 M. ohne Frühstück.

Versammlungswesen und Belagerungszustand.

Am 26. Januar hatte unsere Partei eine öffentliche Versammlung einberufen, in denen über Preisfreiheit und Preisverbot referiert werden sollte. Die Versammlungen wurden im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten, ganz wie früher. Zu derselben Zeit sind im Circus Wally eine große Anzahl der Deutschnationalen Partei tot, in der die Monarchie offiziell werden konnte.

Am Sonntag, den 1. Februar, wurde eine Konferenz der Kommunisten in einem Lokal in der Jungfernhelbe von der Sicherheitspolizei umstellt und alle Teilnehmer, 190 an der Zahl, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Wie wir hören, sind alle bis auf 22 entlassen.

Am Freitag, den 6. Februar, sollten die Abgeordneten unsere Partei in der Nationalversammlung in der preussischen Landesversammlung Bericht aus den Parlamenten erstatten. Die Versammlungen wurden an der Tagung polizeilich verhindert.

Konstanz der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Der International-Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen löste Sonntag vormittag vier große Versammlungen einberufen, die sich mit der Vertretung der Bedenhaltung und der Not der Kriegsoffer beschäftigten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung die sofortige Gewährung einer einmaligen Beihilfe für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, sowie Gewährung von laufenden Teuerungszulagen gefordert wird, die den bestehenden Teuerungsverhältnissen entsprechen.

Auch der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hielt zur selben Zeit in der „Neuen Welt“ eine Versammlung ab, wo dieselben Forderungen erhoben wurden. Außerdem wurde von dieser Versammlung gegen die Entschädigung des Erfinders protestiert und die Umwandlung der Schöpfer in Pacht und Pachtstätten verlangt.

Kritikstreik im Wintergarten. In dem bekannten Varieté-Theater „Wintergarten“ sind die Kritiken am Sonntagabend wegen Gehalts- und Tarifstreitigkeiten in den Streik getreten. Die Vorstellung konnte deshalb nicht stattfinden. Der Streik dauert noch an.

Sonderklassen für kranke Schulkinder. Die städtische Schulpflichtkommission beabsichtigt, der Frage der Begründung einer Sprachheilanstalt näher zu treten und nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen Oitern 1920 einige Sonderklassen für kranke Schulkinder im Osten der Stadt einzurichten. In kleinen Klassen sollen diese Kinder eine ihrem Gebrechen entsprechende Sprachbehandlung erfahren und zugleich nach unserem Grundrissplan unterrichtet werden. Sobald das Leben völlig befestigt und ein Rückfall nicht mehr zu befürchten ist, werden die Kinder ihren Normalklassen zurückgegeben. Für die Aufnahme zu Oitern 1920 kommen nur Kinder von 6—10 Jahren in Frage. Kurse für kranke Schulkinder werden in vertriehtem Umfang vorläufig noch bestehen. Anträge von Eltern kranke Kinder auf Einschulung in die Sonderklassen werden von den Rektoren der Gemeindeschulen bis zum 10. Februar 1920 entgegengenommen.

Aus den Oranisationen.

1. Bezirk, 6. Abteilung. Dienstag, 10. Februar früh 8 1/2 Uhr bei Schim, Charlottenstr. 6.

Schlachtenburg. Montag, 2. Februar, abends 7 Uhr, Mitglieder-Generalversammlung im Volkshaus, Köpenicker Str. 4. — Dienstag, 10. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung der politischen Kommissionen im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Bereinstatender.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschlehrer, Ortsgruppe Groß-Berlin. Dienstag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Schule hinter der Garnisonkirche 2.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Willepp, Reichs-Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Steinbrücker und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 13.